

GUTE BILDUNG FÜR ALLE – UNTERSTÜTZUNG DER BILDUNGSSTREIKS!

Deutschland steckt in der Bildungskrise. Der Staat wird seiner bildungspolitischen Verantwortung nicht gerecht und lässt das Bildungssystem sehenden Auges an die Wand fahren. Zugangsgerechtigkeit und gute Bildung an unseren Schulen und Hochschulen bleiben auf der Strecke. Mit ihren bundesweiten Protesten setzen Schülerschaft und Studierende ein starkes Zeichen für den notwendigen Kurswechsel in der Bildungs- und Hochschulpolitik. Konsequenzen müssen nun folgen.

Die Bundesregierung jedoch agiert scheinheilig. Bundeskanzlerin Merkel hat vor mehr als einem Jahr öffentlichkeitswirksam die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen, passiert ist seitdem nichts. Bundesbildungsministerin Schavan bezeichnete den Bildungsstreik im Sommer 2009 als „gestrig“, jetzt äußert sie wohlfeil Verständnis – und schiebt die Verantwortung gleich an die Länder ab. Und während die Bundesregierung Länder und Kommunen zu höheren Bildungsinvestitionen auffordert, belastet Schwarz-Gelb den Haushalt durch milliardenschwere Steuersenkungen.

Wenn die angekündigte "Bildungsrepublik" nicht zu einer bloßen Kapitelüberschrift des schwarz-gelben Koalitionsvertrags verkommen soll, dann brauchen wir jetzt eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen für einen tatsächlichen Bildungsaufbruch. Dafür müssen aber angesichts der Haushaltslage auch endlich die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Dazu gehören ganz sicher nicht Steuergeschenke zu Lasten des Gemeinwohls, während unser Bildungssystem dramatisch unterfinanziert ist und gerade Studienberechtigte aus einkommensschwachen Familien durch Studiengebühren abgeschreckt werden. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Während von 100 Akademiker-Kindern 83 an die Hochschulen gelangen, sind es nur 23 von 100 aus nicht-akademischen Familien. Gerade letztere verdienen eine faire Chance auf den Zugangs zu Bildungseinrichtungen. Der Geldbeutel darf hier keine Rolle spielen.



Bildnachweis: luxuz/photocase.com

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- Die Bundesregierung muss endlich gemeinsam mit den Ländern die Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems überwinden. Deutschland investiert bloß 4,8% seiner Wirtschaftskraft in Bildung, während es im OECD-Durchschnitt 6,1% sind.
- Bund und Länder müssen Verhandlungen aufnehmen und das mit der Föderalismusreform geschaffene widersinnige Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben.
- Die frühe Trennung der Kinder und ihre Sortierung auf weiterführende Schulen noch dazu unterschiedlicher Qualität muss abgeschafft werden. In einer guten Ganztagschule lernen die Kinder länger gemeinsam und voneinander, die Schwächeren werden von gut ausgebildeten LehrerInnen und SozialpädagogInnen ebenso gefördert wie die Stärkeren.
- Das vielerorts konzeptionslos und schlecht vorbereitet eingeführte achtjährige Gymnasium muss reformiert und die Lehrpläne entfrachtet werden.
- Länder und Hochschulen müssen die Bologna-Reform korrigieren. Verschulung und Arbeitsüberlastung müssen zurückgenommen, die Gesamtdauer von Bachelor-Studiengängen flexibler gehandhabt und der Wechsel zwischen Hochschulen im In- und Ausland erleichtert werden. Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen soll die Möglichkeit eines Master-Studienganges offen stehen. Auch deshalb brauchen wir einen ambitionierten Ausbau der Studienplätze.
- Studiengebühren gehören abgeschafft! Nur so ist die dringend erforderliche soziale Öffnung der Hochschulen zu schaffen. Arbeiterkinder dürfen keine Exoten auf dem Campus sein.
- Schülerschaft und Studierende müssen auch nach dem Streik ernst genommen werden. Sie müssen bei den Reformen an Bildungseinrichtungen über paritätisch besetzte Gremien demokratisch einbezogen werden.